



Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die

Die politische Lage in Deutschland Christian Wulff setzt sich durch Zur Wahl des Bundespräsidenten

Christian Wulff ist der 10. Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland. Wir sind stolz und froh zugleich, dass einem niedersächsischen Freund und Wegbegleiter dieses ehrenvolle Amt übertragen wurde. Wir freuen uns mit Christian Wulff und wünschen ihm für die vor ihm liegenden verantwortungsvollen Aufgaben alles erdenklich Gute und Gottes Segen.

Sicherlich wird der Verlauf der 14. Bundesversammlung in die Geschichte eingehen. Die Wahl des Bundespräsidenten in drei Wahlgängen, die wegen der klaren Mehrheitsverhältnisse nicht notwendig gewesen wären, wird die Berichterstattung um diese Entscheidung noch eine Weile bestimmen. Festzuhalten bleibt aber vor allem eines: die Wahl des 10. Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland war ein guter Tag für die parlamentarische Demokratie. Dieser Tag hat gezeigt, dass – entgegen vieler Unkenrufe – nicht „Parteiengeschacher“ und „Fraktionszwang“ im Vordergrund standen. Die Wahl Christian Wulffs ist vielmehr ein Beleg dafür, dass die Mitglieder der Bundesversammlung nur ihrem Gewissen verpflichtet sind und in freier und geheimer Wahl ihre so wichtige Entscheidung treffen können.

Natürlich wird nun in der Öffentlichkeit darüber diskutiert, aus welchen Beweggründen sich so viele Delegierte des bürgerlichen Lagers in den ersten beiden Wahlgängen nicht für ihren eigenen Kandidaten entschieden haben. Vielfach wird angenommen, dass ihre Wahlentscheidung als Denkmittel für die Politik der christlich-liberalen Koalition im Bund zu betrachten sei. Sollte dies tatsächlich zutreffen, so müssten sich diese Delegierten allerdings fragen lassen, ob die Wahl zum Staatsoberhaupt der Bundesrepublik Deutschland tatsächlich der geeignete Rahmen für solche Art der stillen Kritik ist. Grundsätzlich führen uns diese Diskussionen aber nicht weiter. Denn gerade bei einer freien und geheimen Wahl lässt sich über das „Wer?“ und „Warum?“ nur spekulieren. Somit sind solche Überlegungen wenig zielführend.

Selbstverständlich hätten wir es gerne gesehen, wenn die Entscheidung für Christian Wulff bereits früher in dieser Eindeutigkeit gefallen wäre. Maßgeblich ist aber letztlich, dass der entscheidende Wahlgang eine deutliche, absolute Mehrheit für unseren Kandidaten gebracht hat. Wir sollten im Hinblick auf die erforderlichen drei Wahlgänge auch nicht außer Acht lassen, dass mit Joachim Gauck ein respektabler Gegenkandidat zur Wahl stand. Ihm gebührt Respekt und Dank für einen fairen und sauberen politischen Wettbewerb um das höchste Staatsamt. Er hat damit beträchtlich zum positiven Bild der Wahlentscheidung in der Öffentlichkeit beigetragen.

Getrübt wurde dieses Bild von den Äußerungen des Linken-Politikers Diether Dehm. Dieser hatte die überwiegende Stimmhaltung seiner Fraktion im dritten Wahlgang im ZDF verteidigt, indem er erklärte, zwischen Wulff und Gauck zu wählen sei wie die Wahl zwischen Hitler und Sta-

lin oder wie die Wahl zwischen Pest und Cholera. Eine solche Entgleisung ist unerträglich. Herr Dehm muss sofort öffentlich seine unsäglichen Tiraden zurücknehmen und sich für sein unmögliches Verhalten entschuldigen.

Allerdings ließ auch das Verhalten der Sozialdemokraten an diesem Tag zu wünschen übrig. Schon im Vorfeld war allen politischen Beobachtern klar geworden, dass die Ankündigung der SPD, mit Joachim Gauck einen parteipolitisch nicht zu vereinnahmenden Kandidaten zu nominieren, nichts weniger als ein parteitaktisches Manöver war. Hätte Rot-Grün eine eigene Mehrheit in der Bundesversammlung gehabt – den Kandidaten Joachim Gauck hätte es nie gegeben. Das einzige Kalkül der SPD war es, mit seiner Nominierung einen Keil in das bürgerliche Lager zu treiben. Diese Taktik wurde nach dem zweiten Wahlgang auch mehr als offenkundig. Schonungslos demaskierten sich die Sozialdemokraten selbst, indem sie in einer für eine Bundesversammlung unangemessenen und nicht akzeptablen Art und Weise versuchten, der Linkspartei ihren Kandidaten handstreichartig aufzudrängen. Wir können froh sein, dass bei diesem sozialdemokratischen Parteigetöse die öffentliche Wahrnehmung dieser Bundesversammlung, das Amt des Bundespräsidenten, aber auch die Person Joachim Gauck offenbar keinen Schaden genommen haben. Dennoch lässt sich das besonders unrühmliche Verhalten des Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel nicht beschönigen. Dieser hat wieder einmal den Vergleich bestätigt, wonach er die deutsche Antwort auf die südafrikanischen Vuvuzelas sei: nicht so schlank, aber genauso dröhnend und enervierend. Sigmar Gabriel erklärte nämlich vor laufenden Kameras, Christian Wulff sei nur mit Hilfe der Linken zum Bundespräsidenten gewählt worden. Nun ist spätestens beim Blick auf ihre Finanz- und Wirtschaftspolitik allgemein bekannt, dass die Sozialdemokraten mit der Mathematik auf Kriegsfuß stehen. Für die Erkenntnis, dass bei einer so deutlichen absoluten Mehrheit das Stimmverhalten der Linken im dritten Wahlgang völlig bedeutungslos geworden war, wären jedoch eigentlich schon Mathematikkenntnisse auf Grundschulniveau ausreichend gewesen. Sigmar Gabriel täte gut daran, sich unverzüglich öffentlich für seine Äußerungen zu entschuldigen.

Wir waren und sind überzeugt davon, dass Christian Wulff der am besten geeignete Kandidat für dieses hohe Amt ist. Er besitzt die Fähigkeit, den Menschen in unserem Land Mut zu machen, ihnen Optimismus zu schenken, sie zu Engagement zu motivieren und diesem Engagement auch Anerkennung zu verschaffen. Christian Wulff hat dies über viele Jahre unter Beweis gestellt, in denen er für das Land Niedersachsen an vorderster Stelle politische Verantwortung getragen hat. Gerade auf der Grundlage seines festgefühten Wertefundamentes ist es ihm möglich gewesen, Brücken zu bauen und die Menschen zusammenzuführen. Christian Wulff war der Ministerpräsident aller Niedersachsen, er wird auch der Bundespräsident aller Bürger in Deutschland sein.

Die Woche im Parlament

Vor dem Hintergrund der aktuellen Konjunkturprognosen hat Bundesminister Rainer Brüderle eine **Regierungserklärung** zur wirtschaftlichen Entwicklung abgegeben.

Ein weiteres wichtiges Thema der vergangenen Woche war der **G-20-Gipfel in Toronto**. Am vergangenen Wochenende haben sich die G-20-Staaten dort zu einer umfassenden Konsolidierung ihrer Haushalte verpflichtet: Die entwickelten Industrieländer sollen bis zum Jahr 2013 ihre Defizite halbieren und bis zum Jahr 2016 mit dem Schuldenabbau beginnen. Dieses Verhandlungsergebnis ist gerade mit Blick auf die überaus kontroverse Diskussion im Vorfeld des Gipfels auch ein ganz persönlicher Erfolg unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel. In der Debatte um die Konsolidierungspolitik hat sich die deutsche und europäische Linie in Toronto durchgesetzt. Leider ist es den europäischen Gipfelteilnehmern nicht gelungen, beim Thema Finanzmarktsteuer eine Einigung auf der Ebene der G 20 zu erreichen. Obwohl Deutschland nichts unversucht gelassen hat, um hartnäckig für eine Beteiligung des Finanzsektors an den Kosten der Krise zu werben. Dennoch war es nicht möglich, sich auf entsprechende Maßnahmen zu verständigen. Weder konnte man sich in Toronto auf die globale Einführung einer Finanztransaktionssteuer noch auf eine Bankenabgabe einigen. Europa muss nun alleine voranschreiten und sich einen Ordnungsrahmen geben, der die Banken in die Verantwortung nimmt. Die Bundesregierung hat in diesem Zusammenhang schon Ende März Eckpunkte für eine Bankenabgabe beschlossen. Ein entsprechender Gesetzentwurf soll vom Kabinett noch vor der Sommerpause verabschiedet werden. Wir werden diese Pläne der Bundesregierung im Parlament kritisch aber konstruktiv begleiten.

In 2. und 3. Lesung stand das **Gesetz zur Vorbeugung gegen missbräuchliche Wertpapier- und Derivategeschäfte** zur Verabschiedung an, welches ungedeckte Leerverkäufe von deutschen Aktien, ungedeckte Leerverkäufe von Staatsschuldtiteln der Eurozone und Kreditderivate (CDS) auf Staatsschuldtitel der Eurozone, die keinen Absicherungszwecken dienen, verbietet. Zudem werden Ermächtigungsgrundlagen geschaffen, durch die das Bundesministerium der Finanzen (BMF) und die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) weitere Geschäfte durch Rechtsverordnung – in Krisensituationen auch per zeitlich befristeter Anordnung – verbieten können. Außerdem ist die Einführung eines zweistufigen Transparenzsystems für Netto-Leerverkaufspositionen vorgesehen.

In 1. Lesung haben wir das **Jahressteuergesetz 2010** beraten, mit dem Maßnahmen umgesetzt werden, die sich im Laufe eines Jahres aus Gerichtsurteilen, EU-rechtlichen Vorgaben und Anregungen von Verwaltung und Verbänden ergeben haben. Unter den rund 180 Regelungen sind zahlreiche „technische“ Änderungen, aber auch politisch bedeutsame Maßnahmen wie z.B. die Konkretisierungen im Bereich der haushaltsnahen Dienstleistungen (§ 35a EStG), die regelmäßige Befreiung von der Steuererklärungspflicht bei ausländischen Saisonarbeitskräften in der Landwirtschaft sowie die Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnern mit Ehegatten im Erbschaftsteuer-, Schenkungssteuer- und Grunderwerbsteuergesetz.

In dieser Woche berichtete der Petitionsausschuss über **Bitten und Beschwerden an den Deutschen Bundestag – Die Tätigkeit des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages im Jahr 2009**. Im Jahr 2009 sind knapp 19.000 Eingaben und Petitionen beim Deutschen Bundestag eingegangen, davon rund 6.700 auf elektronischem Wege. Einschließlich übergebener Unterschriftslisten und elektronischer Mitzeichnungen bei öffentlichen Petitionen wandten sich 2009 knapp zwei Millionen Menschen an den Petitionsausschuss. Auf seiner Homepage registrierten sich mehr als 500.000 Personen, um Petitionen zu unterstützen, Beiträge im Diskussionsforum zu erstellen oder um Petitionen einzureichen. Mit rund 58.000 Diskussionsbeiträgen wurden 2009 mehr als doppelt so viele Beiträge verfasst wie in den drei vorangegangenen Jahren zusammen.

Wir haben in dieser Woche die **Stellungnahme des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung – Peer Review der deutschen Nachhaltigkeit** beraten. Auf Initiative der Bundesregierung wurde im Jahr 2009 durch eine internationale

Expertenkommission die deutsche Nachhaltigkeitspolitik bewertet (Peer Review). Der parlamentarische Beirat bewertet den Peer Review 2009 und befasst sich mit Stärken, Schwächen und Chancen der deutschen Nachhaltigkeitspolitik.

Das in 2. und 3. Lesung verabschiedete **Gesetz zur Änderung des § 33 des Gerichtsverfassungsgesetzes** ermöglicht es, Schöffen, die der deutschen Sprache nicht hinreichend mächtig sind, von der Schöffenliste zu streichen. Zugleich wird mit diesem Gesetz eine sogenannte Divergenzvorlage im Bereich der Sicherungsverwahrung eingeführt, die nach einer aktuellen Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte notwendig ist, um unterschiedliche Entscheidungen für ca. 70 potentiell betroffene Täter zu vermeiden, über deren Freilassung zu entscheiden sein wird. Strafvollstreckungsgerichte, die eine Entscheidung über die Freilassung eines der betroffenen Straftäter fällen wollen, müssen vorher eine Entscheidung des großen Strafsenats des Bundesgerichtshofes herbeiführen.

Unser Antrag **Brücken bauen – Grundlagenforschung durch Validierungsförderung der Wirtschaft nahe bringen** enthält eine Aufforderung an die Bundesregierung, mit einer neuen Fördermaßnahme den in Deutschland vorhandenen Bedarf an einer Validierungsförderung zu decken. Diese zielt darauf, Forschungsergebnisse – insbesondere aus der Grundlagenforschung – einer wirtschaftlichen Verwertung zuzuführen. Die Validierungsförderung soll technologieoffen ausgestaltet werden.

Daten und Fakten

Unternehmen sind optimistisch – Aufschwung gewinnt an Fahrt: Die deutschen Unternehmen schätzen ihre aktuelle Geschäftssituation im Juni zum vierten Mal in Folge besser ein als noch im Vormonat. Der Ifo-Geschäftsklimaindex ist damit im Juni auf 101,8 Punkte gestiegen. Nach einer neuen Prognose der Bundesbank wird die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr voraussichtlich um zwei Prozent wachsen. Aufgrund sehr guter Exportmöglichkeiten beabsichtigen unsere Unternehmen, ihre Mitarbeiterzahl nahezu unverändert beizubehalten. Die Dienstleistungsbranche plant sogar, Beschäftigung aufzubauen. Die Entwicklung des Geschäftsklimaindex und die Prognose der Bundesbank belegen eindrucksvoll, dass wir mit unseren Konjunkturprogrammen, dem Deutschlandfonds und einer soliden Finanzpolitik den richtigen Weg eingeschlagen haben.

(Quellen: Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung & Deutsche Bundesbank)

Durchschnittliche Arbeitszeit nimmt wieder zu: Im ersten Quartal 2010 hat die durchschnittliche Arbeitszeit erstmals seit Beginn der großen Rezession wieder spürbar zugenommen: In den Monaten Januar - März lag sie mit 358,5 Arbeitsstunden um 4,5 Stunden oder 1,3 Prozent höher als noch im Jahr zuvor. Seine Ursache hat dieser Anstieg insbesondere in der sinkenden Zahl der Kurzarbeiter und in einem steigenden Anfall an Überstunden. So ging die Zahl der Kurzarbeiter im Monatsdurchschnitt des ersten Quartals um rund 50.000 Personen auf 933.000 zurück, während die Zahl der wöchentlich geleisteten bezahlten Überstunden um 0,15 gegenüber dem Vorjahr stieg.

(Quelle: Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung)



**Landesgruppe
Niedersachsen**
CDU/CSU FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Vorsitzender:
Michael Grosse-Brömer MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 – 227 79498
Fax: 030 – 227 70139
Email: stefan.krueppel@cducsu.de
Internet: www.lg-nds.de